

Nachhaltig anlegen: lästige Pflicht oder Chance?



SABINE DÖBELI Geschäftsleiterin, Swiss Sustainable Finance, Zürich

Institutionelle Anleger sehen sich momentan mit vielfältigen Herausforderungen konfrontiert: Das herrschende Tiefzinsumfeld fordert die Anlagespezialisten dabei heraus, eine Rendite zu erreichen, die den langfristigen Verbindlichkeiten gerecht wird. Parallel dazu steigt der Druck von Regulatoren, aber auch von der Öffentlichkeit, mehr Transparenz zur Anlagetätigkeit zu bieten. Standen bisher vor allem klassische Governance-Themen im Zentrum, wie etwa die Höhe der Vermögensverwaltungskosten oder Transparenz zur Stimmrechtsausübung, so verschiebt sich der Fokus immer mehr auf Nachhaltigkeitsaspekte im engeren Sinn.

In einigen Ländern geht der Druck von den Gesetzgebern aus. So hat z. B. Frankreich Ende 2015 ein Energiewende-Gesetz verabschiedet, das Investoren dazu verpflichtet, über die Anwendung von Nachhaltigkeitskriterien im Anlageprozess und die Klimaintensität der Investitionen Bericht zu erstatten.

Auf EU-Ebene wurde Ende 2016 eine neue Pensionskassenrichtlinie (bekannt als IORP2) verabschiedet, die europäischen Vorsorgeeinrichtungen Vorgaben zur Berücksichtigung von Umwelt-, Sozial- und Governance-Faktoren macht. In anderen Ländern

ist es vorwiegend die Zivilgesellschaft, die den Druck auf institutionelle Anleger erhöht.

Zu Letzteren zählt auch die Schweiz, wo jüngst verschiedene Vorstöße von politischen Gruppierungen gestartet wurden. So hat beispielsweise die Klima-Allianz, ein Verbund von 70 Organisationen, die Schweizerische Nationalbank in einem offenen Brief dazu aufgefordert, sämtliche Investitionen in Firmen aus dem Bereich fossile Energien abzustoßen. Weiter hat die Gruppe für eine Schweiz ohne Armee (GSoA) eine Initiative lanciert, die unter anderem Investitionen in Waffenfirmen durch Schweizer institutionelle Anleger verbieten will. Solche Maßnahmen mögen auf manche allzu aktivistisch oder extrem wirken. Sie sind aber letztlich Ausdruck davon, dass ein wachsender Teil der Bevölkerung den Wunsch verspürt, die eigenen Vorsorgegelder sowie das Volksvermögen auf ethische Kriterien auszurichten und damit gleichzeitig zur Lösung konkreter Nachhaltigkeitsprobleme beizutragen.

Für viele institutionelle Investoren erscheinen solche Forderungen vor dem Hintergrund des herausfordernden Anlageumfelds in erster Linie als zusätzliche Bürde und kaum als Chance.

Dies ist bedauerlich, denn schließlich gibt es heute eine Vielzahl von nachhaltigen Anlageansätzen, die den unterschiedlichsten Situationen Rechnung tragen. Nachhaltig anzulegen bedeutet längst nicht mehr, das ganze Portfolio auf den Kopf zu stellen. Einige institutionelle Anleger wählen den Weg, wie gewohnt breit und indexnah zu investieren, dabei aber ihre Aktionärsrechte gezielt zur Förderung der Nachhaltigkeit einzusetzen. Dies kann über die aktive Ausübung der Stimmrechte erfolgen, entfaltet aber noch mehr Wirkung, wenn gezielt ein Dialog mit Firmen geführt wird, deren Nachhaltigkeitsstandards verbesserungswürdig erscheinen.

Andere Investoren gehen einen Schritt weiter, indem sie auch ihr Portfolio neu ausrichten: Um dem Klimawandel vorzubeugen und daraus entstehende Risiken zu vermindern, haben z. B. die deutsche Allianz, der norwegische Ölfonds oder die dänische Pensionskasse PKA beschlossen, Investitionen in Kohlefirmen abzustoßen und gleichzeitig ihre Investments in erneuerbare Energien auszubauen. Solche Entschiede werden nicht mit ethischen Prinzipien begründet, sondern basieren auf rein finanziellen Überlegungen. Dass diese Investoren auch transparent über ihre nachhaltige Anlagepolitik informieren, stärkt das Vertrauen der Bevölkerung.

Statt zuzuwarten, sind deshalb auch andere institutionelle Anleger gefordert, sich mit nachhaltigen Anlageformen vertraut zu machen und ihr Portfolio schon heute auf die Zukunft auszurichten.

»Eine nachhaltige Anlage ihrer Vorsorgegelder wird für einen wachsenden Teil der Bevölkerung immer wichtiger.«